Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 191. | Dresden, Dienstag den 19. August 1913. | 24. Jahrg.

Die russische Regierung fordert die in Deutschland tätigen russischen Arbeiter unter Hinweis auf die deutsche Heeresvermehrung auf, höhere Löhne zu verlangen.

Die Türkei droht an, daß sie gegebenenfalls Bulgarien den Krieg erklären werde.

In Schlesien ist großes Hochwasser eingetreten.

In Macao richtete ein Taifun große Verheerungen an, 160 Personen sind ertrunken.

Bei Seattle in Kalifornien sollen infolge der Strandung eines Dampfers 25 Personen ertrunken sein.

Bureaukratie und Selbstverwaltung.

Lassalle machte zu seiner Zeit die Wahrnehmung, daß man es dem deutschen Arbeiter erst noch sagen müsse, wie schlecht es ihm gehe. Das ist heute längst nicht mehr der Fall. Aber die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes empfindet heute noch nicht, wie rechtlos in Deutschland der „Staatsbürger" ist, wie weit Deutschland politisch hinter den anderen modernen Staatswesen zurücksteht, wie politisch unmündig noch das deutsche Volk ist.

Außer Rußland gibt es kein Land in Europa, wo die Bureaukratie noch so allmächtig ist, wo das Volk so sehr von einem selbständigen Beamtentum beherrscht wird wie in Deutschland. Was in den meisten Bundesstaaten Deutschlands, vor allem aber in Preußen und Sachsen, Selbstverwaltung genannt wird, ist weit davon entfernt, dem Volke die Verwaltung seiner eigenen Angelegenheiten in die Hand zu geben. Nicht einmal die Landesparlamente, auch nicht der Reichstag, haben einen maßgebenden Einfluß auf die Verwaltung. Sie haben keine Exekutive, keine obrigkeitliche Gewalt, überhaupt bis jetzt noch keine andere Macht als die, daß die Bureaukratie keine Gesetze erlassen kann, die nicht die Zustimmung des Parlaments gefunden haben. Die Verwaltung ist ein vom Volke und der Volksvertretung ganz unabhängiger Organismus, ein Staat im Staate.

In Sachsen wird die Verwaltung gebildet vom Ministerium, den Kreishauptmannschaften, Amtshauptmannschaften, Stadträten und Gemeindevorständen. Die Stadträte und Gemeindevorstände müssen zwar von dem Gemeindeparlament gewählt werden, aber ihr Amt erhalten sie erst von der Bureaukratie, die das Recht der Bestätigung hat. Und sind sie einmal im Amte, so bilden sie Glieder in der staatlichen Bureaukratie. Sie bilden untere Staatsbehörden, die den Weisungen und Befehlen der vorgesetzten Behörden, Amtshauptmannschaft, Kreishauptmannschaft, Ministerium, zu folgen haben. Sie, die untersten Staatsbehörden, verwalten die Städte und Landgemeinden, und sie sind nicht dem Gemeindeparlament, sondern nur ihren vorgesetzten Behörden verantwortlich. Wie Reichstag und Landtag, so haben auch die Gemeindeparlamente keine andere Bedeutung als die, daß sie ihre Zustimmung zu den Gesetzen, zu der Art der Aufbringung und der Verwendung der Gelder usw., geben müssen. Eine Exekutive, ein Recht der Verwaltung haben sie nicht. Regierung, das ist die Verwaltung, und Volksvertretung stehen sich deshalb in Deutschland als zwei feindliche Gewalten gegenüber.

In fast allen anderen modernen Staatswesen ist dieser absolutistische Zustand bereits mehr oder weniger überwunden. England hat überhaupt keine Bureaukratie mehr. Die englische Regierung ist nur ein Ausschuß der Volksvertretung, die die oberste Gewalt des Landes bildet. Und die Verwaltung des ganzen Landes, der Gemeinde, des Kirchspiels, der Grafschaft, des Reiches liegt in Händen der vom Volke gewählten Körperschaften. Bureaukratische Beamte, wie sie Deutschland hat, Bürgermeister, Gemeindevorstand, Landrat, Amtshauptmann, Kreishauptmann, Regierungspräsident usw., kennt England nicht. Die Bürgermeister haben fast nur repräsentative Aufgaben zu erfüllen, mit der Verwaltung haben sie nichts zu schaffen. Und alle Beamten sind nur Diener der Selbstverwaltungskörperschaften, die die Staatsbehörden bilden. So ist es auch in der Schweiz; ähnlich, wenn auch noch nicht ganz so ausgebildet, ist es in Frankreich, in Italien, in Norwegen, Dänemark, Schweden, Holland, Belgien.

Kein anderes Volk in Europa hat sich die Beamtenherrschaft so lange gefallen lassen wie das deutsche, von Rußland immer abgesehen. Aber wie beschämend der politische Zustand in Deutschland für das Volk ist, das zeigt sich am deutlichsten durch einen hochinteressanten Vergleich, den die Abteilung für Rechts- und Staatswissenschaften der Deutsch-Chinesischen Hochschule in ihrer neuesten Veröffentlichung vornimmt. In Nummer 1, laufende Nummer der Sammlung 9, der „Chinesisch-Deutschen Gesetzsammlung", die von der genannten Hochschule herausgegeben wird (Verlag der Deutsch-Chinesischen Druckerei und Verlagsanstalt Walter Schmidt, Tsingtau 1913), werden nämlich zuerst die Preußische Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 und direkt hinterher die Chinesischen Bestimmungen über die örtliche Selbstverwaltung der Bezirke und Kreise vom 8. Januar 1910 (übersetzt von Dr. G. Pernitzsch, Schanghai) abgedruckt. Die Gegenüberstellung dieser beiden Verfassungseinrichtungen kann nur den einen Zweck haben, dem deutschen Volke den großen Gegensatz zwischen bureaukratischer Herrschaft und Selbstverwaltung klarzumachen, ihm zu zeigen, wie weit Deutschland politisch, demokratisch zurücksteht — selbst hinter China!

Aus der guten Uebersetzung der chinesischen Bezirks- und Kreisordnung ist klar zu ersehen, daß die heutige Verwaltung Chinas ganz nach dem Vorbilde der englischen Selbstverwaltung eingerichtet ist. Die Bureaukratie ist ausgeschaltet, und die ganze Verwaltung liegt im wesentlichen in den Händen der Selbstverwaltungskörperschaften, die in demokratischer Weise vom Volke gewählt werden. Mag die Zentralgewalt des großen chinesischen Reiches monarchisch oder republikanisch, diktatorisch oder demokratisch sein: der Verwaltungsapparat ist heute ein demokratischer. Die oberste Gewalt einer jeden Provinz — China hat Provinzen, die größer sind als das Deutsche Reich — ist das Provinzparlament, dessen Mitglieder durch ein ziemlich allgemeines und gleiches Wahlrecht gewählt werden. Jede Provinz ist wieder eingeteilt in Präfekturen, Subpräfekturen, Distrikte und Kreise. Und in jedem dieser Amtsbezirke besteht eine Abgeordnetenversammlung, die je nach der Einwohnerzahl des Amtsbezirkes 20 bis 60 Mitglieder zählt, die gewählt werden. Wer in einer Stadt, einem Marktflecken oder Dorf das Wahlrecht zur Wahl der Abgeordneten der Selbstverwaltungsorgane der Stadt, des Marktfleckens oder Dorfes hat — und das kommunale Wahlrecht ist stark demokratisch —, genießt auch das Recht der Wahl der Mitglieder der Abgeordnetenversammlung der betreffenden Präfektur usw., nur die aktiven Beamten und die Polizeisoldaten sind vom Wahlrecht ausgeschlossen. Wer in einer Stadt, einem Marktflecken oder Dorf wohnhaft ist, ohne für die örtliche Selbstverwaltung wahlberechtigt zu sein, erhält, wenn er ununterbrochen mindestens drei Jahre in der einen oder anderen Stadt, Marktflecken oder Dorf des Bezirkes ansässig ist, das aktive und passive Wahlrecht für die Abgeordnetenversammlung der Präfektur oder des Departements, Distrikts oder Kreises. Die Mitglieder dieser Bezirks- und Kreistage, wie man sie in Deutschland nennen würde, dürfen aber nicht zugleich Mitglieder des Provinziallandtags oder des beratenden Ausschusses oder der Abgeordnetenversammlung einer Stadt, eines Marktfleckens oder Dorfes, oder der Aeltestenversammlung oder Dorfältester sein. Zwar treten diese Abgeordnetenversammlungen nur einmal im Jahre zusammen und tagen einen Monat lang. Aber sie wählen aus ihrer Mitte einen Ausschuß, der jeden Monat mindestens einmal zusammentreten muß und der über alle Verwaltungsangelegenheiten zu beschließen hat. Die Amtsvorsteher haben nur die Beschlüsse dieser Körperschaften auszuführen. Und selbst die Beamten, die ihnen beigegeben werden, sind keine Glieder einer Bureaukratie wie in Deutschland. Nach § 64 der chinesischen Bezirks- und Kreisordnung ist in den Präfekturen, Subpräfekturen, Distrikten und Kreisen eine bestimmte Anzahl von Delegierten für die Selbstverwaltung zu bestellen, die dem Präfekten usw. in der Durchführung der Geschäfte der Selbstverwaltung zu helfen haben. Ihre Anstellung darf nur erfolgen, wenn der Ausschuß oder die Abgeordnetenversammlung für sie bürgt. Diese Selbstverwaltungsdelegierten erhalten ein Gehalt, während die Mitglieder der Abgeordnetenversammlung und des Ausschusses Diäten beziehen.

Mit diesem System der chinesischen Selbstverwaltung vergleiche man nun die bureaukratische Herrschaft in Deutschland. Und man wird erkennen, wie weit zurück in der politischen Entwicklung Deutschland noch ist. Schuld daran ist das deutsche Bürgertum, dem es gar nicht zum Bewußtsein kommt, wie beschämend es für das deutsche Volk ist, selbst hinter China zurückstehen zu müssen!

Der Katholikentag.

Metz, 17. August.

Seit heute früh trommelts und trompetets in Metz. Durch alle Tore und auf allen Wegen kommen sie angezogen, und mit zahllosen Sonderzügen kommen sie angefahren, die katholischen Männer-, Gesellen-, Arbeiter- und Jünglingsvereine der Umgegend, die Bruderschaften, Küster- und Meßnervereine, die Kirchenchöre, Cäcilienvereine und wie sich die Organisationen und Organisationchen sonst noch nennen, die bestimmt sind, an dem Arbeiterfestzug teilzunehmen, durch den die Anhänglichkeit der Massen an der Kirche bekundet werden soll. Jeder Verein geführt von einem mehr oder minder schlanken Pfarrer oder einem strammen Ordensmann; ihm voran die Fahne mit dem heiligen Joseph, dem Patron der Arbeit, oder der heiligen Maria, der Trösterin aller Mühseligen, Bedrängten und geistig Armen; dazu eine Musikkapelle oder, wo es nicht langt dazu, ein Trommler- und Pfeiferkorps — so ziehen sie ein in die festlich geschmückte Stadt der 60. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands, in militärischem Schritt, mit viel echter Begeisterung und viel falscher Musik. Sie demonstrieren nach Herzenslust für ihre Weltanschauung; am Abend werden sie die Stadt zu Ehren des Tages festlich erleuchtet sehen; der Stadtsäckel hat sich freigebig geöffnet und die Behörde sich willig in den Dienst der schwarzen Woche gestellt — in den Versammlungen aber wird's widerhallen von der Not und Rechtlosigkeit der Kirche, und je ärger geklagt wird, desto lauter der Beifall und desto erregter die kochende Volksseele . . .

Zur Erledigung der Formalien findet die erste geschlossene Versammlung, im Gegensatz zu früher, wo die eigentlichen Verhandlungen erst Montags begannen, schon heute statt. Das Programm des Katholikentages ist reichhaltiger als je zuvor; dazu kommt wegen der Zweisprachigkeit die teilweise doppelt geführte Verhandlung; es heißt also haushalten mit der Zeit, wenn man in den üblichen 4½ Tagen fertig werden will. Der Vorsitzende des Lokalkomitees eröffnete die erste geschlossene Versammlung mit dem Hinweis auf das Jubelfest des Mailänder Edikts (313), das der Kirche den Sieg über das Heidentum gebracht habe. Aber der Kampf sei nicht zu Ende, das Heidentum des 20. Jahrhunderts sei gefährlicher als das der Vorzeit. Was heute mit diesem Pomp als Volksbeglückung, Volksaufklärung und Befreiung der Geister angepriesen werde, sei in Wirklichkeit die Kriegserklärung an den dreieinigen Gott, den man von seinem Thron herabstürzen wolle. Die verheerende Seuche des Unglaubens habe einen großen Umfang angenommen, gegen ihn gelte es zu kämpfen, und für diesen Kampf anzufeuern, das sei die Aufgabe des gegenwärtigen Katholikentages.

Zu Leitern der Tagung wurden gewählt Fürst Aloys von Löwenstein (Präsident), Mühlenbesitzer Hoehn (1. Vizepräsident) und Rechtsanwalt Trunk (2. Vizepräsident). Fürst Löwenstein erwähnte in seiner Dankrede, daß angebliche Freunde und aufrichtige Feinde dem jetzigen Katholikentag viel Unheil vorausgesagt hätten, worüber man in manchen Kreisen der Katholiken nervös geworden zu sein scheine. Was ihn betreffe, so werde er sein Amt ohne Nervosität antreten und ohne Nervosität durchführen. Es folgten die weiteren Wahlen, die Verlesung der päpstlichen Antwort auf das Schreiben des Lokalkomitees mit anschließendem Hoch auf Pius X., die Absendung von Huldigungstelegrammen an Papst und Kaiser, und die erste geschlossene Versammlung war zu Ende.

Um 2 Uhr Festzug der Arbeitervereine, Parade vor der Tribüne der Bischöfe in den Moselanlagen, alsdann für die Festzugteilnehmer mehr als ein Dutzend Versammlungen, worin in bekannter Art geschildert wurde, was die Kirche für die Menschheit im allgemeinen und für die Armen und Bedrängten insbesondere getan habe und wofür ihr der Dank dadurch abzustatten sei, daß die gläubige Arbeiterschaft treu zum Christentum halte und tapfer gegen Unglaube und Umsturz kämpfe. Die Versammlung in der großen Festhalle leitete Graf Droste von Vischering. Ansprachen hielten Fürst Löwenstein und Bischof Benzler von Metz, die Hauptrede hielt Abbé Tilly. Ein Fürst, ein Graf, ein Bischof, ein Abbé — das Lob der Arbeit aus diesem Munde klang nicht gerade überzeugend. Bedeutungsvoller als die Reden in diesen Versammlungen war die Auswahl der Redner. Keiner der bekannten Führer der katholischen Arbeiterbewegung; zwei belang- und namenlose Arbeitersekretäre aus den Winkeln des ultramontanen Hinterlandes, sonst nur Geistliche Juristen usw. Alles München-Gladbachische war ferngehalten. Die Arbeitervereine (Sitz Berlin) haben ihre Lokale und Treffpunkte für sich. Es scheint, daß die München-Gladbacher und die Berliner bald einander noch weniger gut verstehen wie die deutsch und die französisch redenden Katholiken.

Die Trauer um Bebel.

Immer noch gehen Trauerkundgebungen aus aller Welt ein. Sie zeigen, wie tief der Schmerz ist, den das internationale Proletariat über den Tod seines großen Führers empfindet. In den Städten Deutschlands haben in den letzten Tagen viele Trauerfeiern stattgefunden, in denen den deutschen Arbeitern noch einmal die großen Verdienste des Verstorbenen um die Arbeiterbewegung geschildert wurden. Im einzelnen liegen folgende Meldungen vor:

Von der Redaktion der Zeitschrift Contre la guerre (Gegen den Krieg) in Paris ist beim Parteivorstand folgende telegraphische Kundgebung eingegangen:

Dem gründlichen Hasser des militaristischen Massenmordes und der kapitalistischen Massenausbeutung, unserem August Bebel, ewige Liebe und Achtung! Im Auftrage der Redaktion: Rappaport.

Beileidskundgebungen gingen noch ein: von der sozialistischen Jugendorganisation Spaniens (Madrid), von der Sektion italienischer Sozialisten in Marseille, von der Frauengruppe der sozialistischen Partei in Paris, von den jüdischen Parteigenossen in Smorgoni und dem Lokalkomitee der sozialdemokratischen Partei in Glorzow (Galizien) sowie von der russisch-sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Riga.

Wien: Im Namen der organisierten Eisenbahner Oesterreichs sprechen wir Ihnen unser tiefgefühltes Beileid anläßlich des Todes unseres Altmeisters Bebel aus! Die Eisenbahner Oesterreichs trauern gemeinsam mit dem Proletariat der ganzen Welt an der Bahre Bebels. Mit Liebe und Verehrung haben wir jederzeit zu dem unermüdlichen Kämpfer emporgeschaut, dessen Wirken der Sache des Sozialismus ungezählte Streiter zugeführt hat. In Wort und Schrift ein Meister, hat er es verstanden, das Proletariat zu entflammen, zu belehren und zu erziehen im Sinne der Vorkämpfer Marx und Engels. Reiche Ernte schießt aus der Saat, die er gesät. Darum wird sein Name auch in Aeonen nicht untergehen und vorbildlich wird sein Andenken wirken und lehren und uns immer mahnen, nicht innezuhalten im Befreiungskampf des Proletariats, dessen geistiger Erwecker er wie kein anderer war. Exekutive der organisierten Eisenbahner Oesterreichs: Schwab, Weigl.

Weitere Beileidskundgebungen sandten:

Independent Labour Party, Branch Marylebone; Independent Labour Party, Branch Clapham; Friendly Society of Operative Masons, London; die Sozialisten von Lyon; die sozialistische Federation in Toulouse; der Deutsche Arbeiter-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130819/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG